Bau- und Planungsausschuss
Protokoll Nr. BPA/14/2013

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 23.10.2013, Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung	:	19:00 Uhr
Ende der Sitzung	:	21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	
Herr Rafael Haase	bis 21:05 Uhr
Herr Jörg Hansen	
Frau Anna-Margarete Hengstler	
Frau Monja Löwer	
Frau Susanne Philipp-Richter	

Bürgerliche Mitglieder

Herr Waldemar Genergardt	
Herr Uwe Graßau	
Herr Rolf Griesenberg	ab 21:06 Uhr i. V. f. StV Haase, Stellv. Ausschussmitglied (BM)

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan	
Frau Karen Schmick	ab 19:32 Uhr
Herr Michael Stukenberg	
Herr Horst Marzi	Seniorenbeirat, öffentl. Teil
Herr Claus Steinkamp	Behindertenbeirat, öffentl. Teil
Frau Mandy Florczik	Kinder- und Jugendbeirat, öffentl. Teil

Sonstige, Gäste

Herr Stefan Luft	urbanus GbR, zu TOP 7

Verwaltung

Frau Angelika Andres
Herr Stephan Schott
Frau Anette Kruse
Herr Ulrich Kewersun
Frau Maren Uschkurat Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Einwohnerfragestunde	
2.	Festsetzung der Tagesordnung	
3.	Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2013 vom 02.10.2013	
4.	Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts	**2013/101**
5.	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014	**2013/111**
6.	Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 92 - Erlenhof und für die Straße zum Haltepunkt Gartenholz hier: Namensgebung für den Zubringer zum Haltepunkt Gartenholz	**2013/072/1**
7.	Stadtverkehr Ahrensburg - Festlegen der Linienführungen	
8.	Kenntnisnahmen	
8.1	Buslinie 569 und Wegestrecken zu den Bushaltestellen im Umfeld des Rosenhofes	
8.2	Eintrag in das Denkmalbuch/Fristverlängerung im Anhörungsverfahren	
8.3	Einladung zur Fachtagung Radverkehr SH 2013	
8.4	Beseitigung von Schäden im Umfeld der Brücke Haltepunkt Gartenholz	
8.5	Förderantrag Energetische Optimierung der Beleuchtung P+R-Anlage Alter Lokschuppen	
8.6	Stellungnahme zur Umnummerierung Hansdorfer Straße und Hugo-Schilling-Weg	
8.7	Veranstaltung der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein	
8.8	Schreiben an einen Bürger zur S4-Planung	

9. Verschiedenes

9.1 Weihnachtsessen 2013 des BPA

9.2 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche

9.3 Beschilderung am Fahrstuhl Manhagener Allee

9.4 Nutzung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen

9.5 Anbindung Erlenhof - fehlerhafte Aufstellung der Ampeln

1. Einwohnerfragestunde

Herr Wolfgang Meichßner, ein Anwohner aus dem Viljandiring, kommt zurück auf die Thematik der geänderten Verkehrssituation in diesem Bereich. Auch wenn die Verwaltung damals deutlich gemacht hat, dass die Wegnahme der Hinweisschilder nicht rückgängig gemacht werden kann, bittet er, sich erneut mit diesem Thema auseinanderzusetzen und gegebenenfalls einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren. Auch berichtet er, dass das fehlende Sackgassenschild in dem Ahrensburger Kamp dazu führt, dass teilweise 40-Tonner in die Sackgasse hinein fahren.

Die Verwaltung macht deutlich, dass die neue Situation auch nicht durch die Verwaltung angestrebt wurde, sondern dass das Land die Stadt Ahrensburg angewiesen hat, die Beschilderung zu ändern. Jedoch wurde der Fachaufsicht, dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr, eine Unterschriftenliste gesandt mit der Bitte, die Beschilderung wieder wie bisher vorzunehmen. Eine Rückmeldung liegt bisher noch nicht vor. Das fehlende Sackgassenschild wird noch einmal von der Verwaltung überprüft.

Sobald eine Rückmeldung von der Fachaufsicht vorliegt, wird die Verwaltung dies bekannt geben. Da die Politik bei Verkehrsangelegenheiten wenig Handhabe hat, schlägt die Verwaltung vor, einen Termin mit Herrn Meichßner zu vereinbaren.

Herr Eckehard Knoll nimmt Bezug auf den Tagesordnungspunkt 7 zum Stadtbusverkehr Ahrensburg. Zur Diskussion des Rosenhofes zum verlängerten Weg zur Bushaltestelle Erlenhof, der sich um 150 m verlängert, gibt er zu bedenken, dass das im Verhältnis zu anderen Seniorenstätten ein akzeptabler Weg ist. So beträgt die Strecke der Bewohner des Rosenhofes Großhansdorf ca. 500 m bis 600 m zur nächstgelegenen Bushaltestelle.

Ferner schlägt Herr Knoll als Straßennamen für den Zubringer zum Haltepunkt Gartenholz vor, die Straße Ewige Weide namentlich hierhin zu verlängern.

Herr Peter Elmers bittet im Tagesordnungspunkt 7 als Sachverständiger gehört zu werden.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 23.10.2013 vorgeschlagene Tagesordnung. Die Verwaltung berichtet, dass Herr Luft aufgrund eines anderen Termins erst ab ca. 20:10 Uhr anwesend sein wird. Demzufolge bittet er, bei Bedarf die Tagesordnungspunkte 8 und 9 mit dem Tagesordnungspunkt 7 zu tauschen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

In Bezug auf die heutige öffentliche Beratung unter TOP 7 regt der Ausschussvorsitzende an, Herrn Peter Elmers als Sachverständigen zu hören. Dem entgegen wird vorgeschlagen, die Einwohnerfragestunde innerhalb des Tagesordnungspunktes 7 „Stadtverkehr Ahrensburg“ noch einmal für fünf Minuten zu öffnen.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen einzelner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den TOP 10 und 11 abgestimmt.

Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird über die angepasste Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 13/2013 vom 02.10.2013

Die Verwaltung berichtet, dass der Stadtverordnete Tobias Koch nicht als Vertreter für die Stadtverordnete Carola Behr benannt ist und somit in der Sitzung kein stimmberechtigtes Ausschussmitglied war. Das Protokoll ist dahingehend folglich zu korrigieren, d. h. Herr Koch ist unter „Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder“ aufzuführen.

Die meisten Beschlüsse wurden mit eindeutigen Mehrheiten gefasst, sodass diese auch durch die nachträgliche Streichung des StV Koch weiterhin Bestand haben. Da unklar ist, wie die einzelnen Abstimmungen von Herrn Koch vorgenommen wurden, wird keine detaillierte Anpassung der Beschlüsse vorgenommen.

Die Beschlussfassung zum KfW-Effizienzhaus wurde jedoch mit einer knappen Mehrheit gefasst und muss in der nächsten Sitzung noch einmal wiederholt werden.

2013/101

4. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

In der Finanzausschusssitzung vom 09.09.2013 wurde unter TOP 8 „Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts“ diskutiert. Die einzelnen Vorschläge vom Innenministerium sollen jeweils in den Fachausschüssen beraten werden.

Die Verwaltung hat hierzu die Liste des Innenministeriums überprüft und in Ergänzung der Vorlagen-Nr. 2013/101 entsprechende Anmerkungen, die den BPA betroffen, in die Zeilen der Tabelle eingetragen **(vgl. Anlage)**. Einige Fragen hierzu werden vorab diskutiert.

Zunächst bittet ein Ausschussmitglied mitzuteilen, ob Punkt 23 unter III „Weitere Maßnahmen“ auch für andere Anlagen wie beispielsweise Lüftungsanlagen und Pumpen gilt und ob dies auch von den Stadtbetrieben praktiziert wird. Die Verwaltung bestätigt, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Stadtbetriebe diesen Punkt bereits erfüllen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um Formulierungen des Innenministeriums handelt und die Aufführung der Anlagen nicht abschließend ist.

Auf Nachfrage zu der laufenden Nummer 24 berichtet die Verwaltung, dass es sich bei einem Bebauungsplan um eine Satzung handelt und auf einzelne Festsetzungen nicht einfach verzichtet werden kann, sondern die Satzung aufgehoben oder geändert werden muss. Änderungsverfahren sind ebenso zeitaufwendig wie die Erstellung eines neuen Bebauungsplans, weshalb diese vor dem Hintergrund der personellen Situation nicht kurzfristig durchgeführt werden können. Betont wird, dass die Stadt Ahrensburg nicht aus fiskalischen Gründen auf Festsetzungen verzichten sollte, die dazu dienen, bestimmte städtebauliche Qualitäten zu sichern. Ein Stadtverordneter regt an, dass bei der Erstellung neuer Bebauungspläne kritisch hinterfragt werden sollte, welche Festsetzungen vorgenommen werden und ob diese in der Praxis kontrolliert werden können.

Unter I „Beschränkungen der Ausgaben/Aufwendungen und Auszahlungen laufende Nr. 25 wird noch einmal auf die generelle Festlegung von LED-Beleuchtung hingewiesen, die im Rahmen der Christel-Schmidt-Allee getroffen wurde.

Die laufende Nr. 16 fällt in die Zuständigkeit des Umweltausschusses, dennoch ist eine Stellungnahme hierzu in der Liste enthalten.

Abschließend wird festgehalten, dass nach Bekanntgabe der Liste weitere Fragen an die Verwaltung gestellt werden können.

5. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Eingangs wird das Verfahren für die heutige 1. Lesung des Haushalts geklärt. Der Ausschuss und die Verwaltung kommen überein, aufgetretene Verständnisfragen und erste Anregungen in der heutigen Sitzung zu klären. Die Beratung erfolgt auf Basis des Entwurfes Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 mit Stand 14.09.2013, wobei

— die Investitionen gemäß Teilfinanzhaushalten auf Basis der Tabelle auf den grün gedruckten Seiten und

— die Ansätze des Ergebnishaushalts 2014 bei den auf den BPA zugeordneten Produkten (weiße Seiten) erörtert werden.

Sodann werden insbesondere folgende Haushaltspositionen thematisiert:

Seite 110, PSK 54100.0460000, Errichtung/Erneuerung von Depot-Containerstandorten

Wie die Verwaltung hierzu bemerkt, sieht der Haushaltsplan keine Mittel für 2014 vor. Es wird jedoch folgender Sachverhalt zu bedenken gegeben: Die Einfriedigung des Containerstandortes Hagener Allee/Forsthof Hagen ist abgängig und muss dringend erneuert werden. Es sei darauf hingewiesen, dass sich im rückwärtigen Bereich des Wertstoff-Standortes ein öffentlich zugänglicher Kinderspielplatz befindet. Sollten aus der maroden Einfriedigung einzelne Holzpalisaden herausbrechen, könnten Kinder auf die viel befahrene Straße Hagener Allee gelangen. Da kein Angebot vorliegt, wird Bezug auf eine Abrechnung eines ähnlich ausgebauten Containerstandortes im Einfahrtsbereich zum Gebiet Gartenholz-Kremerberg aus dem Jahr 2007 genommen.

Die Verwaltung bittet, für das Haushaltsjahr 2014 8.000 € einzuplanen. Diese 8.000 € können von dem Ansatz im Haushaltsjahr 2016 abgezogen werden, sodass sich dieser Ansatz auf 58.000 € reduziert.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass ein Deckungskreis die Zusammenfassung von mehreren Produktsachkonten darstellt, deren Ausgabeansätze gegenseitig deckungsfähig sind. Hierdurch wird der Verwaltung mehr Handlungsspielraum bei den tatsächlichen Ausgaben eingeräumt.

Seite 110, PSK 54100.0900001, Projekt Nr. 209 Straßenbeleuchtung Parkallee

Auf Verständnisfrage berichtet die Verwaltung, dass mit den Mitteln in Höhe von 350.000 € die komplette Parkallee eine erneuerte Straßenbeleuchtung erhält.

Seite 111, PSK 54100.0900018, Erneuerung Hagener Allee

Die Verwaltung berichtet hierzu auf Nachfrage, dass bisher nur wenig Mittel kassenwirksam ausgegeben, jedoch bereits Verpflichtungen durch Auf- und Verträge eingegangen wurden.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Haushaltsjahr 2013 sind von dem Ansatz 200.000 € kassenwirksam ausgegeben worden 4.742,15 €. Ferner wurden Verpflichtungen von 157.362,80 € eingegangen, die jedoch nicht vollständig von dem Dritten erfüllt worden sind.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Planungen zur Hagener Allee im Haushaltjahr 2014 vorzustellen.

Seite 111, PSK 54100.0900036, Veloroute Wulfdorfer Weg

Die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass dieses Produkt zweimal aufgeführt ist.

Seite 111, PSK 54100.0900029, Planungskosten Entlastungsstraße Nord

Ein Stadtverordneter gibt zu bedenken, dass die Planungsmittel aus dem Jahr 2012 nur in das Haushaltsjahr 2013 übertragen werden konnten und dieses kein zweites Mal möglich ist mit der Folge, dass dieser Ansatz im Haushaltsjahr 2014 nicht mehr zur Verfügung steht. Er meint, sich zu erinnern, dass nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Gemeinde Delingsdorf Vorgaben gemacht wurden, wie die Verwaltung weiter vorzugehen hat. Hierzu ergänzt ein Ausschussmitglied, dass eine Vorlage erarbeitet werden soll, die die Trasse über das Famila-Grundstück untersucht.

Anmerkung der Verwaltung:

Da der Planungsansatz in den Finanzhaushalt 2012 eingestellt war, ist – sofern das Projekt noch nicht als abgeschlossen anzusehen ist – eine weitere Übertragung in das Jahr 2014 theoretisch möglich.

Seite 111, PSK 54110.0900037, Erschließung B-Plan 88 a + b

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass mit der Bezeichnung „Erschließung“ insbesondere der Bau von Straßen einschließlich Nebenanlagen wie z. B. Geh- und Radwege sowie Parkplätze/Parkbuchten gemeint sind.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass das Projekt Nr. 205/B-Plan 88 a Neubau „Entlastungsstraße An der Strusbek“ weiterhin vorgesehen ist. Die Unterteilung des PSK ist erfolgt, um die einzelnen Projektkosten in der Bilanz darzustellen. Die Gesamtansätze sind in der darüber liegenden Zeile dargestellt.

Seite 112, PSK 54400.0453000, Lichtsignalanlage Ostring/B 75/Am Weinberg

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr vor Umwidmung der B 75 in eine Landesstraße diese neuwertig instand zu setzen hat. Der Landesbetrieb ist verpflichtet, die Straße so zu übergeben, dass kein Sanierungserfordernis besteht oder zumindest einen entsprechenden Ausgleich hierfür zu zahlen. Sollte dies nicht geschehen, ist die Stadt nicht verpflichtet, die Straße in ihre Baulast zu übernehmen.

Seitens der Verwaltung wird berichtet, dass derzeit noch keine offizielle Mitteilung bei der Stadt eingegangen ist, die über die Umwidmung der B 75 berichtet. Des Weiteren sei die Stadt von der Umstufung nicht direkt betroffen, da baulastpflichtig das Land Schleswig-Holstein wird.

Seite 112, PSK 54600.2320000, Projekt-Nr. 107/Investitionszuwendung für die Sanierung P+R-Haus

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass eine endgültige Zusage auf Fördermittel per Zuwendungsbescheid noch nicht erteilt wurde, jedoch in Kürze ein Abstimmungstermin mit der GMSH stattfinden soll, in dem u. a. nachgeforderte technische Unterlagen übergeben werden.

Seite 112, PSK 54600.0900000, Projekt-Nr. 107/Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen

Die Verwaltung berichtet auf Nachfrage, dass die Ansätze entsprechend der neuesten Ausführungspläne lediglich geringfügig angepasst wurden, ansonsten keine Änderungen vorgenommen wurden.

Seite 113, PSK 54700.0900002, Projekt-Nr. 801/Anschaffung Verkehrsrechner

Es wird von der Verwaltung berichtet, dass im Jahr 2016 die 50.000 € als Planungskosten gedacht sind, da festgelegt werden soll, welche Ziele mit dem neuen Verkehrsrechner erreicht werden sollen. Dies bedarf einer ausführlichen Planung, um festzulegen, was mit dem neuen Verkehrsrechner erreicht werden soll.

Anschließend wird der Teilergebnisplan 2014 durchgegangen.

Seite 237, PSK 52100.4311000, Verwaltungsgebühren

Die gesteigerten Ansätze im Haushaltsjahr 2014 und im Haushaltsjahr 2015 hängen mit der Ausweisung des Neubaugebietes Erlenhof-Süd zusammen, da hierdurch vermehrt Bauanträge bei der Stadt eingehen dürften.

Seite 237, PSK 52100.5271000, Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, weshalb der Ansatz im Haushaltsjahr 2013 nur 3.300 € betrifft, während ab dem Haushaltsjahr 2014 jeweils 8.000 € eingeplant wurden. Die Verwaltung sagt zu, dies im Rahmen des Protokolls zu beantworten.

Anmerkung der Verwaltung:

Aus diesem PSK werden die anteiligen Baugebühren an den SEA für die Bearbeitung von Bauvorhaben gezahlt. Im letzten Jahr mussten bereits überplanmäßige Mittel beantragt werden, um das Konto auszugleichen.

Auch wird die Verwaltung gebeten mitzuteilen, weshalb das Ergebnis in der Zeile 30 im Haushaltsjahr 2012 einen Überschuss und seit dem Haushaltsjahr 2013 von einem Minus ausgegangen wird. Vorgeschlagen wird, dass die Gebühren im Baugenehmigungsverfahren erhöht werden. Hierzu weist die Verwaltung darauf hin, dass die Gebührensätze für bauaufsichtliche Maßnahmen vom Land Schleswig-Holstein vorgegeben werden.

Seite 238, PSK 52200.5711002 sowie PSK 52200.5741000, Abschreibungen

Die Verwaltung berichtet, dass die Haushaltsansätze ab dem Jahr 2013 mit der Doppik zu tun haben.

Seite 239, Produkt 52210, Bereitstellung von Wohnraum

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Fachdienst ZGW alle städtischen bebauten Grundstücke bewirtschaftet und unterhält, jedoch für Fragen hierzu der Finanzausschuss bzw. Herr Kienel zuständig sind.

Seite 246, PSK 53810.5231000, Mieten und Pachten

Wie die Verwaltung berichtet, läuft der Vertrag mit JCDecaux im Jahr 2016 aus, wobei derzeit noch unklar ist, ob der Vertrag über das Haushaltsjahr 2016 hinaus verlängert wird. Da die Bewirtschaftung der öffentlichen Toilettenanlage von der Fa. JCDecaux hiermit zusammenhängt, soll vorsorglich eine Kündigung ausgesprochen werden.

Seite 248, PSK 54100.4485000, Erträge aus Kostenerstattung

Dem Haushaltsjahr 2012 wurden Fördermittel für die Straßenbeleuchtung 2011 ausgezahlt. Da es sich hierbei um eine einmalige Förderung handelt, die nicht generell für die Zukunft eingeplant werden kann, wurden nächst keine Einnahmen in den Haushalt eingeworben. Die Verwaltung wird jedoch dennoch versuchen, Fördergelder zu bekommen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung stellt richtig, dass es sich bei den Einnahmen in dem PSK nicht um die Fördergelder für die Straßenbeleuchtung handelt, sondern um eine Erstattung des Entgeltes für die Straßenentwässerung. Die Einnahmen für die Förderung der Straßenbeleuchtung 2011 wurden im PSK 54100.2320017 verbucht.

Seite 253, PSK 54400.5221010, Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass der Ansatz im Haushaltsjahr 2015 750.000 € beträgt und nicht wie oben unter Bemerkungen 550.000 €.

Seite 255, PSK 54500.4321000, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Es wird kritisiert, dass die Verwaltung die Straßenreinigungsgebühren seit einem längeren Zeitraum nicht überprüft hat und wird gebeten, dies zeitnah nachzuholen. Die Verwaltung berichtet hierzu, dass die Überprüfung der Straßenreinigungsgebühr bei der Verwaltung eine hohe Priorität hat und spätestens im 1. Halbjahr 2014 erfolgen soll (vgl. auch Antrag **AN/035/2013** im Finanzausschuss und Beratung zur Haushaltskonsolidierung).

Seite 255, PSK 54500.5221020, Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens durch den Bauhof und PSK 54500.5241000, Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, weshalb die Ansätze im Haushaltsjahr 2014 angehoben wurden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Ansätze des PSK 54500.5221020 wurden aufgrund einer Erhöhung der Stundensätze der Stadtbetriebe angepasst.

Das PSK 54500.5241000 beinhaltet die Ansätze für den Winterdienst. In den vergangenen Jahren wurde aufgrund der strengen und langanhaltenden Winter sehr viel Streugut verbraucht, sodass die Ansätze zu erhöhen sind.

Seite 257, PSK 54605.4321000, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Die Verwaltung berichtet, dass sich der Haushaltsansatz ab dem Jahr 2015 um 40.000 € reduziert, da derzeit der Verkauf des Lindenhofgrundstückes angedacht und hier jährlich ca. 40.000 € Einnahmen erwirtschaftet werden können.

Seite 258, Produkt 54700, ÖPNV

Die Verwaltung berichtet, dass der Bedarf an und die Festlegung der neuen Fahrgastunterstände abhängig davon ist, wie zukünftig die Linienführung im Stadtgebiet verlaufen sollen. Sofern dies feststeht, wird überprüft, welche Bushaltestelle einen Fahrgastunterstand benötigt.

Seite 258, PSK 54700.5312000, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Die Verwaltung berichtet, dass je nachdem wie der Beschluss zum Stadtbus ausfällt, dieser Haushaltsansatz gegebenenfalls erhöht werden muss. Ferner wird darauf hingewiesen, dass geplant ist, wieder in Zusammenarbeit mit dem HVV einen Flyer für das Stadtbussystem in Ahrensburg zu den veränderten Linienführungen zu entwerfen, insbesondere da der aktuelle schon jetzt überaltert ist. Hierfür werden wieder ca. 10.000 € für den städtischen Finanzierungsanteil benötigt.

Im Nachgang zu dem Bericht im BPA am 02.10.2013 (vgl. Protokoll Nr. 13/2013; TOP 10.1) gibt die Verwaltung den Inhalt einer E-Mail der „Zentrum für interkulturelle Bildung und Arbeit e. V.“ vom 09.10.2013 bekannt:

> Sehr geehrter Herr Kewersun,
> anknüpfend an unser Gespräch mit Ihnen und Herrn Schönefeld sowie den Anregungen von Herrn Krause vom Behindertenbeirat möchten wir gern versuchen, die geäußerten Wünsche nach einem kontinuierlichen Bürgerservice auf Bussen im Stadtverkehr umzusetzen.
> Um dies realisieren zu können, benötigen wir für den Einsatz von BusbegleiterInnen – mit Schwerpunkt auf der Linie 569 – zusätzliche Finanzmittel, da wir als gemeinwohlorientierter Träger zusätzlich keinen eigenen Mittel mehr bereitstellen können. Von daher richten wir an die Stadt Ahrensburg die Bitte, uns bei der Finanzierung des BusBegleitService Stormarn entsprechend zu unterstützen.
> Die BusbeleiterInnen sind bei uns, wenn sie nicht als Bundesfreiwillige tätig sind, als Ehrenamtler beschäftigt. Zusätzliche Bundesfreiwillige stehen uns nicht zur Verfügung, da das Kontingent erschöpft ist. Um die Begleitung insbesondere auch auf den Samstag ausdehnen zu können, benötigen wir einen, für einen kontinuierlichen Einsatz in der Woche eigentlich zwei zusätzliche BusbegleiterInnen auf Ehrenamtsbasis. Hier stimmen wir den Vorstellungen des Behindertenbeirates zu.
> Pro EhrenamtlerIn entstehen uns Kosten von 250 € pro Monat, hierin enthalten ist eine Ehrenamtspauschale, sämtliche Versicherungen einschließlich Berufsgenossenschaft, anteilige Kosten für die Verwaltung und anteilige Kosten für Betriebslenkung. Die jährlichen Kosten pro EhrenamtlerIn belaufen sich somit auf 3.000 €
> Sollte dies Angebot Ihr Interesse finden, so würden wir uns sehr freuen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zu Verfügung. Zusätzliche Informationen finden Sie auch auf dem Flyer im Anhang.
> Mit freundlichen Grüßen
> Danny Franke, Vorstandsmitglied

<u>Hintergrund:</u> Durch die finanzielle Unterstützung könnten die Begleitfahrten auf der Linie 569, die sich derzeit auf montags bis freitags auf die Kernzeiten 9 bis 12 Uhr beschränken, ausgeweitet werden – etwa auf die Mittagszeiten (am Mittwoch) oder gar auf den Sonnabendvormittag.

Eine Entscheidung wäre im Rahmen der Haushaltsberatungen zu treffen.

Anmerkung der Verwaltung:

Im nächsten Jahr könnte es dazu kommen, dass

— *die Stadt Ahrensburg Flyer zu den veränderten Linienführungen innerhalb des Stadtgebietes mit zu finanzieren hat – wie bereits vor einigen Jahren geschehen in einem Umfang von 10.000 € – und*

— *der so genannte Busbegleitservice des ZiB mit finanziell unterstützt werden muss, um die gewünschten Fahrten auch tatsächlich bedient zu bekommen.*

Da diese Positionen in einem anderen PSK darzustellen sind, wird empfohlen,

— *das PSK 54700.5312000 um 15.000 € auf rechnerisch 145.000 € zu reduzieren und*

— *das PSK 54700.5317000 mit eben diesen 15.000 € erstmalig anzulegen,*

wobei diese Positionen ohnehin in den Deckungskreis 82 eingebunden werden.

Seite 262, PSK 55200.5429000, Inanspruchnahme von Rechten und Diensten – sonstige Aufwendungen

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, ob der Haushaltsansatz von 25.000 € dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

Im Jahr 2012 erfolgte noch keine Ablösung der Beiträge mit dem Wasser- und Bodenverband Glinder Au-Wandse. Da noch nicht bekannt war, in welcher Höhe Beiträge zu leisten sind, wurde 2013 und 2014 entsprechend der Vorgaben des Haushaltsrechts vorsichtig und damit etwas großzügiger kalkuliert. Im Oktober 2013 wurde nunmehr die Abrechnung für dieses Jahr durchgeführt. Die Beitragszahlung ist geringer ausgefallen als angenommen. Der kalkulierte Haushaltsansatz in Höhe von 25.000 € kann auf 21.500 € gesenkt werden.

Abschließend werden einige generelle Dinge zum Haushalt angesprochen, woraufhin ein Ausschussmitglied betont, dass dies nicht Thema der 1. Lesung ist.

Abschließend stimmen die Ausschussmitglieder zu, dass die Haushaltssatzung sowie der Haushaltsplan 2014 in der nachfolgenden Sitzung detaillierter beraten und gegebenenfalls beschlossen werden können.

Anmerkung der Verwaltung:

Wie in der BPA-Sitzung am 02.10.2013 unter TOP 10.4 berichtet, wird angestrebt, die Barrierefreiheit der U-Bahnhöfe untersuchen zu lassen. Denkbar wäre, dass wir aufgrund der Fahrgastzahlen den U-Bahnhof Ahrensburg West vorziehen. Die Machbarkeitsstudie würde von der Hochbahn AG als Betreiberin dieser Linie durchgeführt werden - intern sowie durch weitere Vergabe - und die Stadt Ahrensburg 40.000 € kosten, jeweils verteilt zu gleichen Anteilen auf die Haushaltsjahre 2014 und 2015. Die Machbarkeitsstudie betrifft die Leistungsphasen 1 und 2 der HOAI.

Denkbar ist, dass der Kreis Stormarn sich gegenüber der Stadt Ahrensburg mit 50 % dieses Aufwandes beteiligt, d. h. in den Jahren 2014 und 2015 mit Einnahmen in Höhe von jeweils 10.000 € gerechnet werden kann.

Dementsprechend könnte in den Haushalt 2014 aufgenommen werden:

Auszahlung bei PSK 54700.5431010	*2014 und 2015*	*je*	*20.000 €*
Einzahlung bei PSK 54700.4482000	*2014 und 2015*	*je*	*10.000 €*

2013/072/1

6. Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 92 - Erlenhof und für die Straße zum Haltepunkt Gartenholz

Wie in der BPA-Sitzung vom 02.10.2013 unter TOP 5 besprochen, haben sich die Fraktionen Gedanken über einen Namen für die Straße zum Haltepunkt Gartenholz gemacht.

Vorgeschlagen werden nachfolgende Namen:

1. Zur Bahn
2. Bahnstation Gartenholz
3. Gartenholzuweg oder Gartenholzstieg

Die Ausschussmitglieder kommen ferner überein, dass der Vorschlag von Herrn Knoll „Ewige Weide“ nicht geeignet ist, da der Versatz zwischen den Straßen zu groß ist.

Anschließend wird über die drei vorgenannten Vorschläge wie folgt abgestimmt:

1. 3 dafür
2. 4 dafür
3. 2 dafür

Damit beschließt der BPA, der Stadtverordnetenversammlung als Namen für den Zubringer zum Haltepunkt Gartenholz „Bahnstation Gartenholz“ vorzuschlagen.

7. Stadtverkehr Ahrensburg
- Festlegen der Linienführungen

Einleitend berichtet Herr Luft, dass der nachfolgende Vortrag neben der Stadtverwaltung inhaltlich sowohl mit Herrn Elmers als auch dem HVV und dem Kreis abgestimmt wurde. Nachfolgend stellt er die finanziellen Konsequenzen einer verkehrlich optimierten Lösung vor, aufgeteilt in drei Blöcke für jeweils 60.000 € **(vgl. Anlage)**. Zur Lösung A betont Herr Luft, dass für die Bewohner des Rosenhofes durch eine Verdichtung der 8110 zum Halbstundentakt der Bestand gesichert wird. Zur Lösung B wird betont, dass die Anschlüsse an der Bahnstation Gartenholz von und nach Bad Oldesloe verbessert würden mit einer Umsteigezeit von fünf bis sieben Minuten.

Nachfolgend stellt Herr Luft die angeblich „kostenneutralen“ Varianten Masterplan Verkehr und Elmers vor. Ein wesentliches Negativkriterium bei der Variante Elmers stellt die fehlende Einbindungsmöglichkeit in das Rendezvous-System am Bahnhof dar. Alternativ kann bei dieser Variante am AOK-Knoten umgestiegen werden, wenn die Buslinien 569 (aus dem Gartenholz) und 169 (aus dem Gewerbegebiet Nord) wegen der über 30-minütigen Umlaufzeit den Bahnhof Ahrensburg erst zu spät erreicht. In der nachfolgenden Diskussion wird über das Für und Wider des Rendezvous-Punktes Bahnhof gesprochen. Von der Mehrheit wird betont, dass auf den Rendezvous-Punkt am Bahnhof zukünftig nicht verzichtet werden sollte. Anschließend wird über die Anbindung der Variante Offensive diskutiert, die Mehrkosten von ca. 60.000 € verursachen. In der nachfolgenden Debatte hierüber wird betont, dass auch die Linie 8110 mit Niederflurfahrzeugen befahren wird.

Anschließend wird über die Anbindung des Gewerbegebietes Nord - insbesondere der Varianten Elmers und Ringführung - gesprochen. Auf Nachfrage wird berichtet, dass das Gewerbegebiet im Bereich der Straße Am Hopfenbach derzeit noch nicht vollgelaufen ist, jedoch geplant ist, Sportplätze in diesem Bereich anzulegen, weshalb die Anbindung mit einer eigenen Bushaltestelle zumindest mittelfristig sinnvoll erscheint. Die Anbindung bei der Variante Ringführung hat als wesentlichen Nachteil, dass keine direkte Anbindung der Bahnstation Gartenholz erfolgt.

Abschließend werden die einzelnen Varianten zur Anbindung des Wohngebietes West vorgestellt. Auf Nachfrage berichtet Herr Luft, dass die Variante 2 der letzten BPA-Sitzung verworfen wurde, weil die Hermann-Löns-Straße mit Bussen schwer zu befahren ist aufgrund der schwierigen Parkverhältnisse. Bevor die Einwohnerfragestunde noch einmal geöffnet wird, stellt Herr Luft die einzelnen Verknüpfungsvarianten dar.

Herr Elmers betont, dass ein wesentlicher Punkt seines Konzeptes die Spreizung des Rendezvous durch die Einbindung des AOK-Knotens ist. Die Stadt- sowie die meisten Regionalbuslinien dürften hier erreicht werden. Trotzdem würden der Kreis Stormarn sowie die HVV der „Spreizung“ skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Seines Erachtens können durch die Verlegung des Rendezvous-Punktes/Umsteigehaltepunktes Fahrzeuge eingespart werden und damit erhebliche Kosten.

Hierzu gibt Herr Luft zu bedenken, dass bei Verlegung des Umsteigepunktes Ahrensburg Bahnhof de facto kein Rendezvous-System mit garantierten Anschlüssen mehr gegeben ist. Auch merkt er an, dass die Einsparung eines Busses nicht gewährleistet ist, da die beteiligten Firmen im Rahmen der Ausschreibung auch ihre betrieblichen Aspekte zu berücksichtigen haben (Stichworte: Fahrzeug-/Fahrerwechsel, Pausenzeiten).

Nachdem noch einmal die Diskussion zur Verlagerung des Rendezvous-Punktes zur AOK-Kreuzung angeregt wird, wird verdeutlicht, dass die AOK-Kreuzung aus mehreren Gründen nicht geeignet ist als Soll-Umsteigepunkt für Buslinien. So wird betont, dass am AOK-Knoten keine weiteren Bushaltestellen bzw. Wartepositionen geschaffen werden können und die Planung des für den Straßenverkehr Ahrensburgs bedeutenden Knotenpunktes noch nicht abgeschlossen ist. Auf Anregung eines Ausschussmitgliedes nehmen der Seniorenbeirat sowie der Behindertenbeirat zur möglichen Verlegung der Rosenhof-Haltestelle Stellung. Seitens des Seniorenbeirates ist es den Bewohnern zumuten, den längeren Weg von ca. 150 m in Kauf zu nehmen. Der Behindertenbeirat hingegen ist der Auffassung, dass die Haltestelle wie bisher direkt am Rosenhof sein sollte.

Hierzu meldet sich Herr Michael Solbisky als Direktor des Rosenhofes V zu Wort und betont, dass der Rosenhof der Wegeführung über sein im nördlichen Grundstücksteil nicht zustimmen wird.

Nachdem die Ausschussmitglieder übereinkommen, nicht weiter inhaltlich über die Entwicklungsoptionen zum Stadtverkehr Ahrensburg zu diskutieren, werden noch einige Verständnisfragen geklärt. So bestätigt Herr Luft auf Nachfrage, dass die unter der Lösung A genannten 60.000 € die Bestandssicherung für die Bewohner des Rosenhofes beinhaltet. Die erstmalige Erschließung des Erlenhof-Gebietes sowie die Zweirichtungslinie durch den Stadtteil Gartenholz mit den damit verbundenen Mehrkosten übernimmt der Kreis Stormarn als Grundangebot. Herr Luft betont hierbei, dass es sich bei den insgesamt 180.000 € um eine grobe Schätzung handelt, die nach Festlegung von Details Ausschreibung günstiger oder auch teurer werden könnte.

Herr Luft macht noch mal deutlich, dass der Rendezvous-Punkt am Bahnhof auch aus betrieblichen Gründen wie dem Ausgleich von Verspätungen sowie Fahrzeug- und Personalwechsel ermöglicht. All dies wäre am AOK-Knoten nicht gegeben. Nach weiterer intensiver Auseinandersetzung mit diesem Teilthema beantragt ein Ausschussmitglied Ende der Debatte. Dieser Antrag wird mit 5 Stimmen dafür angenommen.

Abschließend wird über die einzelnen Vorschläge wie folgt abgestimmt.

a) Anbindung Gartenholz/Erlenhof/Rosenhof (Linien 569/8110)
mit Einführung einer neuen Linie Rosenhof-Bahnhof-badlantic

Abstimmungsergebnis: **7 dafür**
2 Enthaltungen

b) Anbindung GE Nord (Linie 169)
mit einer optimierten Verbindung am Bahnhaltepunkt Gartenholz gen Norden und einer Direktanbindung zum U-Bahnhof Ahrensburg-West

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltungen

c) Anbindung Wohngebiet West über die Fritz-Reuter-Straße
mit einem 30 Minutentakt (auch in der Hauptverkehrszeit)

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltung

Bevor der Tagesordnungspunkt geschlossen wird, regt ein Ausschussmitglied an, die Kiss-and-Ride-Parkplätze vor dem Bahnhofsvorplatz sowie die Bushaltestelle in der Stormarnstraße vor dem Rockefeller miteinander zu tauschen, um den zu fördernden Buskunden kurze Laufwege zu bieten. Die Verwaltung sagt zu, dies zu überprüfen.

8. Kenntnisnahmen

8.1 Buslinie 569 und Wegestrecken zu den Bushaltestellen im Umfeld des Rosenhofes

Auf Wunsch des Absenders wird das Schreiben der Rosenhof Seniorenwohnanlage vom 14.10.2013 bekannt gegeben **(vgl. Anlage)**.

Hierauf hat die Verwaltung wie folgt schriftlich reagiert:

> Vielen Dank für Ihre Eingabe vom 14.10.2013, über die ich den Ahrensburger Bau- und Planungsausschuss (BPA) unterrichten werde.
>
> Eine Stellungnahme zur Führung der Linie 569 ist mir erst möglich, wenn der Ausschuss offiziell über die hierzu in der gutachterlichen Stellungnahme des Büros urbanus getroffenen Aussagen befunden hat.
>
> Soweit die „Wegestrecken zu den Bushaltestellen im Umfeld des Rosenhofes V“ gemeint sind, sei auf das BPA-Protokoll über die Sitzung am 18.09.2013 verwiesen; den Auszug des Tagesordnungspunktes 9.2 füge ich dieser Nachricht als Anlage bei.
>
> Im B-Plan Nr. 92 „Erlenhof-Süd“ ist ein barrierefrei herzustellender Weg vom Grünzug zu der nördlichen Grundstücksgrenze Ihrer Seniorenwohnanlage vorgesehen. Hiergegen haben Sie meines Wissens im Rahmen der Bauleitplanung keine Einwände erhoben.

Für Rück- oder Verständnisfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung. Wie bereits in unserem Telefongespräch erwähnt, sollten Sie Ihre konkreten Wünsche zur Anbindung an den nördlich Ihres Grundstücks später verlaufenden Wanderweg Frau Annette Kirchgeorg aufgeben.

8.2 Eintrag in das Denkmalbuch/Fristverlängerung im Anhörungsverfahren

Die Verwaltung berichtet, dass das Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein der Fristverlängerung im Rahmen der Anhörung für die Eintragung des Rathauses bis zum 07.01.2014 zugestimmt hat.

8.3 Einladung zur Fachtagung Radverkehr SH 2013

Der Schleswig-Holstein Binnenland Tourismus e. V. führt am 27.11.2013 eine Fachtagung Radverkehr in den Räumlichkeiten der IHK in Kiel von 09:45 Uhr bis 16:45 Uhr durch. Hierzu hat dieser mit Schreiben vom 14.10.2013 eingeladen. Nach einem gemeinsamen Vormittag mit gemischten Themen gibt es die Möglichkeit, den Themenblock „Infrastruktur“ oder den Block „Radtourismus“ zu besuchen. Die Fachtagung wird vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, der Tourismusagentur Schleswig-Holstein GmbH, der LVS Schleswig-Holstein, Landesweite Verkehrservicegesellschaft mbH und dem Schleswig-Holstein Binnenland Tourismus e. V. veranstaltet. Anmeldungen sind per Post, Fax oder E-Mail bis zum 30.10.2013 vorzunehmen.

Weitere Informationen können Sie folgender Internetseite entnehmen:

http://www.sh-business.de/de/fachtagung-radverkehr-2013-in-kiel

8.4 Beseitigung von Schäden im Umfeld der Brücke Haltepunkt Gartenholz

Die von den Sitzungsteilnehmern in der BPA-Sitzung am 18.09.2013 angesprochenen Schäden im Umfeld der Brücke am Haltepunkt Gartenholz wurden bereits begutachtet.

Der Betonschaden wird zurzeit von der damaligen Baufirma im Rahmen der Gewährleistung repariert.

Der Schaden am gläsernen Berührungsschutz ist nur durch einen kompletten Austausch der Scheiben behebbar. Hierzu müsste der Strom auf der Bahnstrecke abgestellt werden, damit die Scheiben ausgetauscht werden können. Da dieser Aufwand sehr hoch ist, werden die Scheiben voraussichtlich erst im Jahr 2015 ausgetauscht. Die Schäden stellen keine Gefahr dar, und die Funktion bleibt weiterhin gewährleistet.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass die Betonsanierung fast abgeschlossen ist. Da es sich um ein spezielles Betonersatzsystem handelt, waren die Witterungsverhältnisse (Regen) bei der Beseitigung der Schäden hinderlich.

8.5 Förderantrag Energetische Optimierung der Beleuchtung P+R-Anlage Alter Lokschuppen

Für die Sanierung der Beleuchtung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen hat die Stadt am 22.02.2013 beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Förderung von 51.175 € beantragt.

Mit dem Schreiben vom 17.10.2013 wurde der Antrag seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit einer Förderung in Höhe von 51.175 € für den Zeitraum 01.12.2013 bis 30.11.2014 bestätigt.

Die Fördermittel werden in 2014 und 2015 zur Verfügung gestellt.

8.6 Stellungnahme zur Umnummerierung Hansdorfer Straße und Hugo-Schilling-Weg

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die BPA-Sitzung vom 04.09.2013 zur Einwohnerfrage zur möglichen Umnummerierung Hansdorfer Straße/Hugo-Schilling-Weg.

Grundsätzlich ist eine Umnummerierung jederzeit möglich, die Vergabe der Straßennamen und Hausnummern obliegt der Gemeinde und dient zur leichten Auffindbarkeit. Eine Durchführung bei bereits bestehenden Häusern, die bewohnt werden, so hat es die Vergangenheit gezeigt, ist allerdings schwierig und wird meist abgelehnt, auch wenn sich dadurch Erleichterungen ergeben. Die Betroffenen müssen sich ummelden und das nicht nur bei der Gemeinde, sondern auch bei Versicherungen, anderen Behörden und Institutionen, evtl. bei Geschäftskontakten und nicht zuletzt bei Verwandten und Freunden.

Zum Beispiel die Umbenennung eines Teilabschnittes des Rathausplatzes in Manfred-Samusch-Straße hat seinerzeit sehr viel Unmut erregt, wurde aber gegen den Willen der Anwohner durchgesetzt.

Vor einigen Jahren wurde vonseiten eines Anwohners der Wunsch geäußert, eine Straße im Hagen neu zu nummerieren, da durch nachträgliche Bebauung und Nachverdichtung die Zahlen und Buchstaben ein wenig durcheinander geraten sind. Dies ist in vielen Straßen Ahrensburgs der Fall und lässt sich leider nicht vermeiden. Es wurden daraufhin alle Anwohner der Straße von diesem Vorschlag unterrichtet und eine neue, übersichtliche Nummerierung beigefügt. Sie wurde zu 90 % abgelehnt. Das ist ein deutliches Votum der Einwohner der Stadt Ahrensburg.

Die Lage im Bereich Hansdorfer Straße/Hugo-Schilling-Weg ist gewiss schwierig, lässt sich aber evtl. durch die Anbringung von Zusatzschildern, sofern noch nicht vorhanden, verbessern. Im Moment führt die Nummerierung im Bereich Hugo-Schilling-Weg 16 bis 22 zu Irritationen, da der Hugo-Schilling-Weg im südlichen Bereich noch nicht ausgebaut ist. Hier ist eine Umnummerierung in Hansdorfer Straße 18 a bis 18 d denkbar. Sollte der Hugo-Schilling-Weg ausgebaut werden, könnten die Hausnummern Hansdorfer Straße 16 a und 16 b - um zukünftige Verwirrung zu vermeiden - in Hugo-Schilling-Weg 17 bzw. 15 umbenannt werden.

8.7 Veranstaltung der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein für Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter und Gremienmitglieder findet am 15.11.2013 von 15:00 Uhr bis 19:00 Uhr im Landeshaus Kiel im Saal Schleswig-Holstein eine Veranstaltung mit dem Titel „… auf einmal im Bauausschuss“ „Was nun?“ statt. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Weitere Informationen können Sie der nachfolgend aufgeführten Internet entnehmen:

http://www.aik-sh.de/fileadmin/media/documents/Einladung_Auf_einmal_im_Bauausschuss_GAESTE_01.pdf

8.8 Schreiben an einen Bürger zur S4-Planung

Dem Protokoll wird als **Anlage** beigefügt ein Schreiben an einen Bürger bezüglich der S4-Planung.

9. Verschiedenes

9.1 Weihnachtsessen 2013 des BPA

Wie die Verwaltung in Abstimmung mit dem Vorsitzenden vorschlägt, sollte anders als in den Vorjahren - in denen selbst gekocht wurde - wieder ein Weihnachtsessen in einem Restaurant stattfinden. Hierfür werden zwei mögliche Termine vorgeschlagen, der 04.12.2013 oder der 18.12.2013. Ferner wird vorgeschlagen, mit der BPA-Sitzung bereits um 18:00 Uhr zu beginnen und anschließend um 20:00 Uhr mit der Weihnachtsfeier anzufangen. Als möglicher Ort wird das Restaurant Strehl vorgeschlagen.

In der nachfolgenden Debatte wird vorgeschlagen, dass in diesem Jahr im Anschluss an die Sitzung beispielsweise Pizza oder ähnliches bestellt werden könnte, jeder Getränke mitbringt und man im Anschluss an die Sitzung eine zwanglose Weihnachtsfeier macht. Dieser Vorschlag findet große Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern, woraufhin die Verwaltung zusagt, sich hierum zu kümmern. Als Termin wird der 04.12.2013 gewählt.

9.2 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die BPA-Sitzung vom 18.09.2013 und fragt nach, ob bereits eine Prüfung erfolgt ist. Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Lichtsignalanlage am Verkehrsknoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche/Fritz-Reuter-Straße wurde vom Fachdienst Straßenwesen geprüft und eine defekte Kontaktschleife am Knotenpunkt festgestellt.

Im intakten Zustand der Anlage schaltet das blinkende Gelblicht auf eine Grünphase um und gibt den Linksabbiegern neun Sekunden Zeit, die Kreuzung zu räumen. Durch den Defekt schaltet die blinkende Gelbsignalisierung für Linksabbieger zurzeit nicht auf Grün. Die Reparatur der defekten Kontaktschleife wurde bereits in Auftrag gegeben.

9.3 Beschilderung am Fahrstuhl Manhagener Allee

Der Behindertenbeirat kritisiert, dass die Beschilderung bezüglich der verlängerten Öffnungszeiten am Fahrstuhl Manhagener Allee noch nicht angepasst wurde. Die Verwaltung sagt zu, dies kurzfristig nachzuholen.

9.4 Nutzung der P+R-Anlage Alter Lokschuppen

Es wird berichtet, dass in der P+R-Anlage Alter Lokschuppen regelmäßig die Fahrzeuge eines Pizzadienstes aus der Stormarnstraße parken. Ergänzend zu diesem Punkt berichtet ein weiteres Ausschussmitglied, dass häufig auch Fahrzeuge von Anwohnern aus der Bahnhofstraße über längere Zeit parken.

Diesbezüglich wird berichtet, dass den Anwohnern aus der Bahnhofstraße vor langer Zeit die Auskunft gegeben wurde, dass sie ruhig in der P+R-Anlage parken dürfen. Vermutlich hat sich dieses bis heute gehalten. Die Verwaltung berichtet hierzu, dass sie keine Handhabe hat, diese Fahrzeuge aus der P+R-Anlage zu entfernen. Ferner wird auf die aktuelle Diskussion in Hamburg hinsichtlich Benutzungsgebühren für P+R-Anlagen hingewiesen, die möglicherweise auch Einfluss auf die Stadt Ahrensburg hat.

9.5 Anbindung Erlenhof - fehlerhafte Aufstellung der Ampeln

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf eine Anfrage des ADFC Ahrensburg zur Baustelle Erlenhof und die mögliche fehlerhafte Aufstellung der Ampeln. Der ADFC hat vorgebracht, dass die neuen Ampelpfosten für den Bereich Erlenhof-Süd in den Bereich des nutzungspflichtigen Radwegs eingebracht wurden und nicht in den vorhandenen Zwischenbereich zwischen Radweg und Fahrbahn.

Diesbezüglich berichtet die Verwaltung, dass bereits eine Antwort an den ADFC gegeben wurde. Bei den vom ADFC angesprochenen Masten handelt es sich um die neuen Masten für die neue Lichtsignalanlage. Die Standorte sind nach Plan gesetzt, da der Knotenpunkt noch umgebaut und der Radweg verlegt werden soll. Es ist geplant, dass die Masten im Endzustand zwischen dem Radweg und dem Fußgängerweg stehen werden.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin